Wirtschaft im Blick
MAGAZIN

WIRTSCHAFTSSTANDORT OÖ
HERAUSFORDERUNGEN BLEIBEN GROSS

ooe-wb.at

INHALT

22

Julius Raab Ehrenmedaillen
Verdienste um die oö. Wirtschaft

WIRTSCHAFT

04 Stimmungsbild der oö. Unternehmer
Präsentation unserer IMAS-Umfrage

07 Ausblick 2023
Aussichten für das laufende Jahr

12 Investitionen
Wirtschaft braucht Impulse

ENERGIE

08 Verhandlungserfolg
Wichtige Maßnahmen in der Energiefrage erreicht

ARBEITSKRÄFTE

10 Personalmangel
Mehr Leistung muss sich finanziell lohnen

POLITIK IM GESPRÄCH

14 Arbeit der Zukunft
mit LH Thomas Stelzer

15 Erneuerbare Energie
mit LR Markus Achleitner

16 Europäische Union und Fachkräfte
mit MEP Angelika Winzig

21

Legendäre Krapfen Party
200 Unternehmer folgten der Einladung des Wirtschaftsbundes Linz.

COVER: Fotocredit: Wakolbinger

Wirtschaftsbund Oberösterreich I Altstadt 17 I 4010 Linz I Tel. (0732) 771855-0 I office@ooe-wb.at I www.ooe-wb.at

EDITORIAL

Ihre Doris Hummer
Wirtschaftsbund-Landesobfrau

Ihr Wolfgang Greil
Wirtschaftsbund-Landesgeschäftsführer

Liebe Unternehmerin, lieber Unternehmer!

Nach Corona und einem Energie-Krisenjahr wird 2023 aufgrund der hohen Inflation und der anhaltenden Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt wohl ein weiteres herausforderndes Jahr. Daher ist es umso erfreulicher, dass die Stimmung bei den UnternehmerInnen in Oberösterreich dennoch von Zuversicht geprägt ist. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des IMAS Institutes zeigt: Die heimischen UnternehmerInnen haben den Eindruck, dass sich der Wirtschaftsstandort Oberösterreich in die richtige Richtung entwickelt. Dieser Befund ist für unsere interessenspolitische Arbeit weiter Ansporn, Fehlentwicklungen zu verhindern und die richtigen Maßnahmen zu erkämpfen.

So haben sich unsere intensiven Verhandlungen in der Energiefrage gelohnt, auch wenn wir ein Preismodell dem Fördermodell vorgezogen hätten. Aber jetzt müssen die Taten folgen. Denn die Details zum Energiekostenzuschuss II und der Ausweitung der Stromkostenbremse auf gewerbliche Haushalte sind noch offen.

Die Sorgenkinder des Wirtschaftsstandorts sind aktuell vor allem die extrem steigenden Preise und Löhne, kombiniert mit dem Rückgang bei den geleisteten Arbeitsstunden und die sinkende Produktivität. Eine gefährliche Mischung die uns mittelfristig extrem schaden könnte. Daher müssen wir alles daran setzen, dass Vollzeitarbeit, Mehrarbeit und länger Arbeiten (60+) steuerlich attraktiver wird. Auch die Arbeitsmarktreform soll nun endlich in die Gänge kommen, denn neben der stillen Reserve der Frauen und der Älteren gibt es immer noch 300.000 Arbeitslose in Österreich.

Dass unsere Ideen wirken, zeigt die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte. Die Zahlen der Anträge haben sich von 2021 auf 2022 verdoppelt! Jetzt setzen wir uns dafür ein, dass auch volljährige interessierte junge Menschen eine Lehre in Oberösterreichs Unternehmen machen dürfen. Was für Schüler und Studenten möglich ist, muss auch für die Lehre möglich sein. Dies wäre eine absolute win-win Situation!

Eines ist klar: Die Herausforderungen bleiben auch in diesem Jahr groß. Sie sind aber zu bewältigen, wenn wirtschaftspolitisch die Weichen richtig gestellt werden. Genau dafür setzen wir uns ein!

AUS DEN BEZIRKEN UND BRANCHEN

18 JULIUS-Award
Verleihungen

WISSEN

20 Leadership Akademie
Maßgeschneidertes Weiterbildungsangebot für Unternehmer

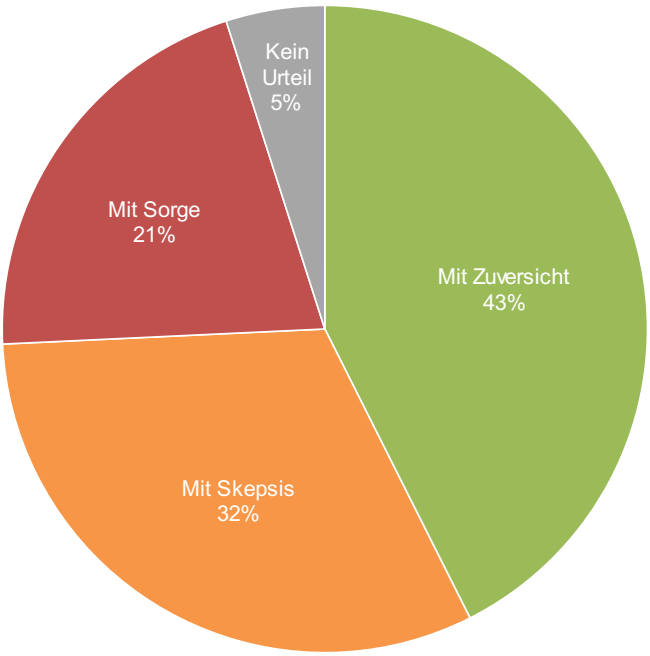
Fotocredit: Wakolbinger

STIMMUNGSBILD DER OÖ. UNTERNEHMER/INNEN

Sorgenfalten tief, aber Zuversicht kommt langfristig zurück

Die Auswirkungen der aktuellen Krisensituation auf die Bevölkerung und Unternehmen sind gewaltig und verändern nicht nur die Grundstimmung, sondern auch viele Verhaltensweisen. Man spricht in diesem Zusammenhang von multiplen Krisen. Die Gegenwartssituation ist nämlich von vielen unterschiedlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Teuerung oder dem Krieg in der Ukraine geprägt, die für viele Unternehmerinnen und Unternehmer noch zu den bisherigen Herausforderungen dazukommen und insgesamt eine schwierige Perspektive auf die kommenden Monate ergeben.

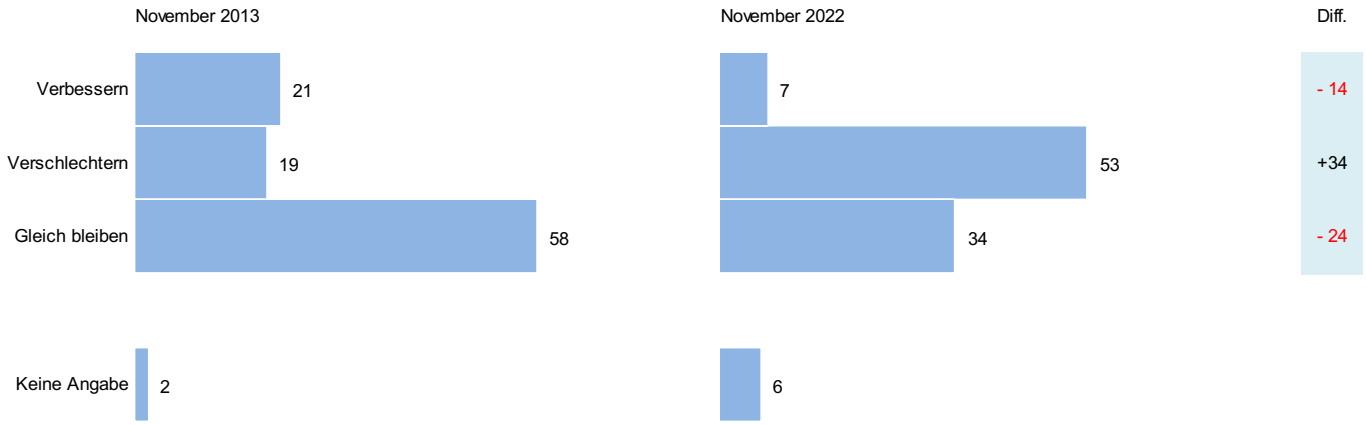
Laut einer kürzlich durchgeführten IMAS-Studie ist von den 501 befragten oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer die Mehrheit eher besorgt bis skeptisch und weniger optimistisch wenn es um die kommenden 12 Monate geht. Im Detail liegt die Zukunftsbetrachtung in folgender Ausprägung vor: Sorge (21%) und Skepsis (32%) überwiegen gegenüber der Zuversicht (43%), was den Blick der oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer auf die kommenden 12 Monate betrifft.



Zukunftsbetrachtung der nächsten 12 Monate

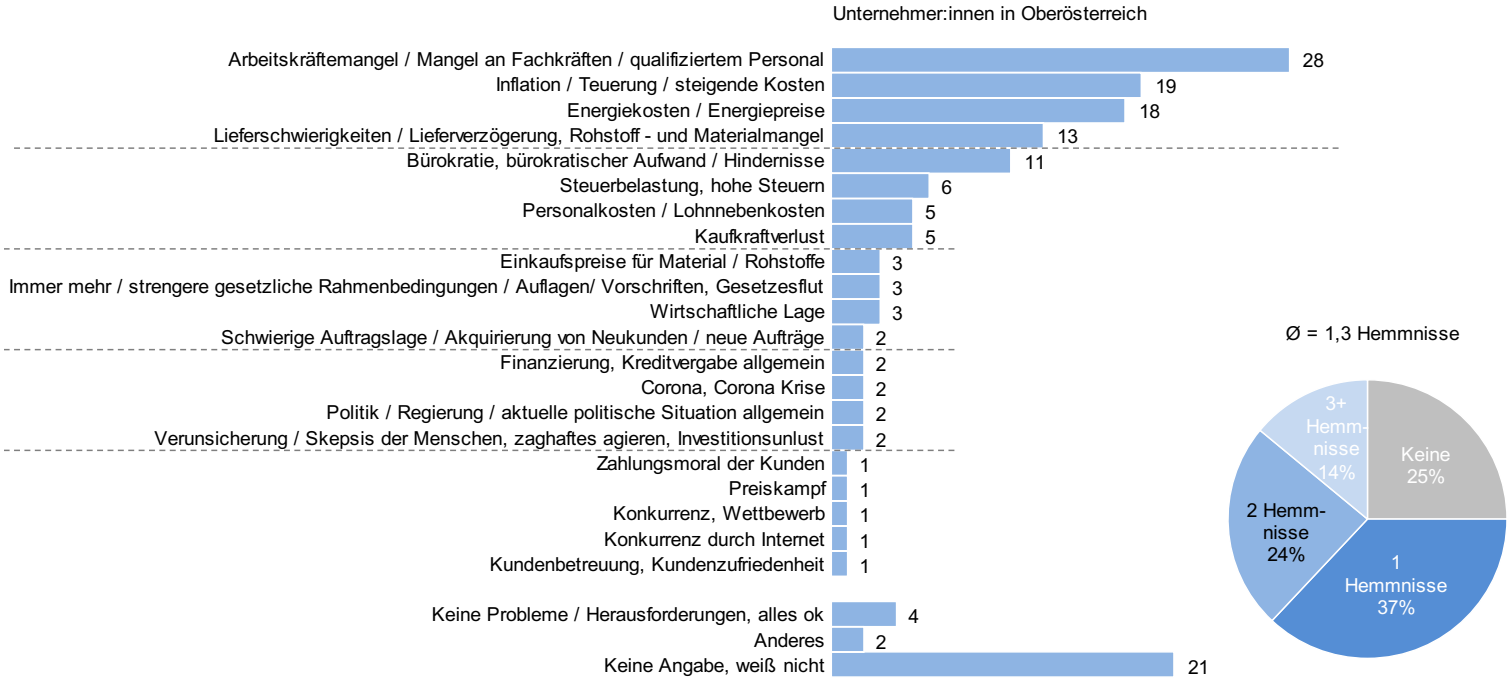
Fotocredit: ADOBESTOCK.COM

Weiters geht die Mehrheit der Wirtschaftstreibenden in Oberösterreich (53%) von einer Verschlechterung des wirtschaftlichen Status Quo in Oberösterreich in den kommenden zwölf Monaten aus. Im Direktvergleich der Gegenpole zeigt sich ein überwiegend pessimistischer Blick in die Zukunft im Verhältnis von 53 : 7. Eine gleichbleibende Situation erwartet rund ein Drittel. Im Trend zu 2013 hat sich die Zukunftserwartung deutlich verschlechtert.



Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in OÖ im kommenden Jahr – Trend

Es gibt viele Aspekte, die aktuell als Herausforderungen genannt werden: Die größten Hemmnisse der oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer sind auf zwei wesentliche Aspekte konzentriert, nämlich auf den Arbeitskräftemangel sowie der Teuerung. Auch Lieferschwierigkeiten, Rohstoffmangel und Bürokratie zählen zu weiteren Herausforderungen der oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Rund ein Viertel gibt keine Herausforderungen zu Protokoll.

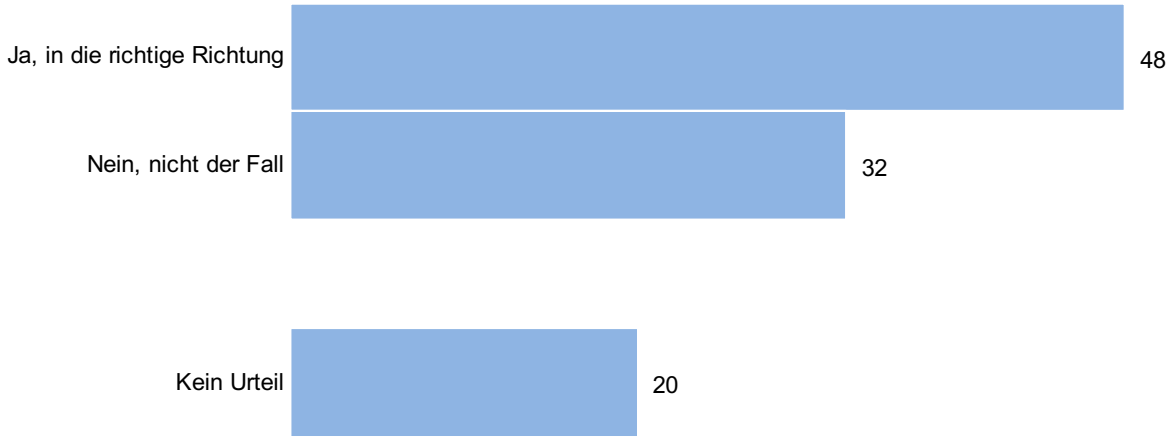


Hemmnisse im betrieblichen Alltag – spontane Nennungen

OÖ entwickelt sich als Wirtschaftsstandort in die richtige Richtung

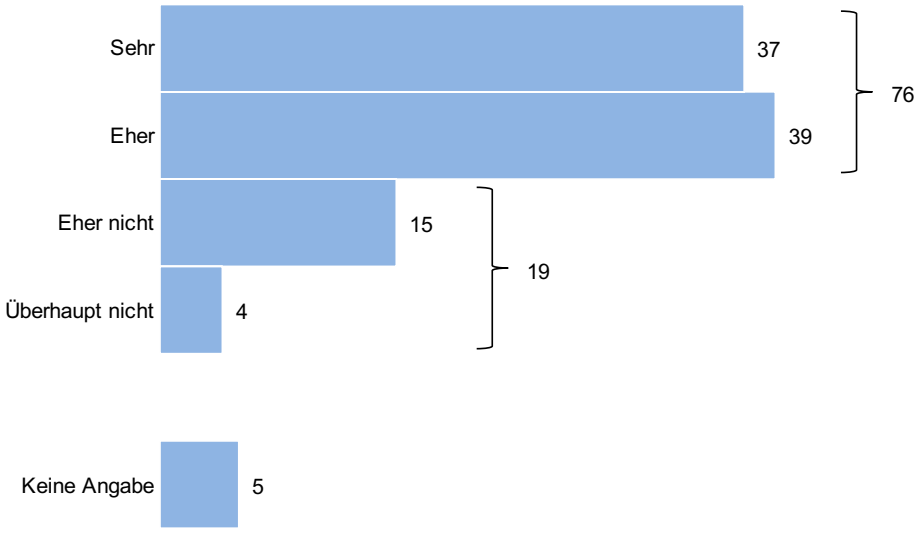
Auswirkungen der multiplen Krisen betreffen die absolute Mehrheit der oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Im Detail geben zwei Fünftel an, dass sie sehr stark von steigenden Energie- und Spritkosten, Inflation, Lieferkettenproblemen, etc. betroffen sind, weitere zwei Fünftel sind eher davon betroffen. Kaum jemand ist davon überzeugt, die Auswirkungen der multiplen Krisen im Bereich der steigenden Kosten, Lieferkettenprobleme, etc. überhaupt nicht zu spüren.

Erfreulicherweise hat rund die Hälfte (48%) der oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer den Eindruck, dass sich der Wirtschaftsstandort Oberösterreich alles in allem in die richtige Richtung entwickelt. Rund ein Drittel der Befragten (32%) ist hingegen gegenteiliger Ansicht und zweifelt an der aktuellen Entwicklung von OÖ als Wirtschaftsstandort. Ein Fünftel enthält sich der Stimme. Dieses Ergebnis ist in Hinsicht auf die aktuelle, bereits geschilderte Grundstimmung besonders bemerkenswert. Es bestätigt, dass wir uns als Wirtschaftsbund für die richtigen Themen einsetzen. Das ist für uns ein Zeichen, dass sich Oberösterreich auf einem guten wirtschaftlichen Weg befindet und sich der Wirtschaftsstandort entsprechend gut entwickelt.



Zuversichtlich bleiben trotz schwieriger Zeit!

Spontan nennen die oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer unterschiedliche Maßnahmen, die den Wirtschaftsstandort OÖ stärken würden. Dazu zählen etwa die Verfügbarkeit und das Angebot von Arbeitskräften zu verbessern, Energiekosten zu senken, den Bürokratieabbau und Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten zu senken. In der gestützten Abfrage werden vor allem Maßnahmen gegen die steigenden Energiekosten, die Senkung der Lohnnebenkosten, die Senkung der Steuern und Abgaben, Maßnahmen gegen den Arbeitskräftemangel, der Bürokratieabbau, ein Energiemasterplan für die kommenden Jahre und Maßnahmen gegen die steigenden Rohstoffpreise als sehr wichtig eingestuft. Dass man trotz der aktuell schwierigen Situation zuversichtlich bleiben sollte, und dass die Zeiten wieder besser werden, stimmen drei Viertel der oberösterreichischen Unternehmer und Unternehmerinnen zumindest eher zu. Kaum jemand lehnt dies vollkommen ab.



Mag. Hanno Lorenz
stellvertretender Direktor
Think Tank Agenda Austria

DER WIND WIRD RAUER!

2022 wird als besonders schwieriges Jahr in Erinnerung bleiben. Dennoch wuchs die Wirtschaft in Österreich um fast fünf Prozent, mehr als doppelt so stark wie in Deutschland. Auch die Aussichten für das laufende Jahr wurden zuletzt besser, mit einer tiefen Rezession rechnet kaum noch jemand. Warum läuft es jetzt doch besser als erwartet?

Ökonom Mag. Hanno Lorenz, stellvertretender Direktor und wissenschaftlicher Mitarbeiter des in Wien ansässigen Think Tanks Agenda Austria gibt uns dazu einen wirtschaftlichen Ausblick:

In der Nachbarschaft tobt ein grausamer Krieg, die Sanktionen gegen Russland tun auch Europa weh, und dennoch kann sich Österreich über ein fantastisches Wirtschaftswachstum freuen. Wie geht das? Eine Erklärung liefert der Aufholprozess nach den Corona-Jahren. Die heimische Wirtschaft hat besonders starke Einbußen erlitten, weswegen auch die Erholung stärker ausfällt. Trotz enger wirtschaftlicher Verflechtungen mit dem Nachbarn im Norden scheinen wir dieses Mal auch immun gegen die Grippewelle der deutschen Industrie zu sein. Aber der Schein trügt ein wenig: Ein Großteil des Wachstums stammt aus der ersten Hälfte des Jahres 2022. Seit dem Jahreswechsel befindet sich Österreich bereits in einer Rezession. Der weitere Verlauf hängt nicht zuletzt von den Entwicklungen in der Ukraine und in China ab.

Auch in der Heimat weht ein rauer Wind. Der Arbeitskräftemangel wird sich so schnell nicht beheben lassen und viele Unternehmer Aufträge kosten. Die Abhängigkeit von russischem Gas ist weiterhin hoch, und die Energiekosten werden noch länger nicht auf das Vorkriegsniveau zurückkehren. Hohe Lohnabschlüsse im vergangenen und aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr steigern ebenfalls die Produktionskosten. Gleichzeitig werden wir weiter mit hohen Inflationsraten zu kämpfen haben – befeuert von staatlicher Subventionierung und zögerlich handelnder Geldpolitik.

Wie vielen anderen Regierungen ist auch der österreichischen nach den Milliardenhilfen gegen das Virus und nun gegen die Teuerung das rechte Maß verloren gegangen. Zu viel hart verdientes Steuergeld der Bürger floss an Haushalte und Unternehmen, die auch ohne Förderung gut zurechtkämen. Den starken Staat gilt es nun wieder einzufangen und mehr Freiheit für Menschen und Unternehmen zuzulassen. Das Ziel sollte sein, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Die Hoffnung besteht. Minister Martin Kocher hat eine wichtige Debatte angestoßen: Ein Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb, der gerade eine sehr starke Pensionierungswelle erlebt, kann es sich nicht leisten, auf große Teile des Potenzials seiner Bürger zu verzichten. Wir müssen wieder mehr und länger arbeiten, und dafür braucht es Anreize. Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung ist insbesondere die Absenkung der Steuerlast wichtig. In Österreich muss schon ein Durchschnittsverdiener fast die Hälfte des erwirtschafteten Lohns an den Staat abliefern. Im weltweiten Vergleich liegen wir damit im absoluten Spitzenfeld. Trotz Rekordeinnahmen durch die Inflation macht der Staat munter weiter Schulden und das längst nicht mehr kostenlos wie noch vor Kurzem. Zu den stärksten Kostentreibern gehören die Pensionen, die sehr viel Geld binden, das besser in Bildung, Forschung und Digitalisierung investiert wäre. Es ist an der Zeit, dass die Regierung den Krisenmodus verlässt und den Standort Österreich stärkt.

Fotocredit: Elke Mayr

VERHANDLUNGSERFOLGE IN DER ENERGIEFRAGE

Wir haben ein extremes energiepolitisches Jahr hinter uns, mit einer Situation wie wir sie zuvor nicht kannten: Explodierende Energiepreise und Versorgungsängste. Während die Versorgungssicherheit inzwischen wieder weitgehend gewährleistet ist, sind vor allem die hohen Energiepreise für viele Unternehmen zu einer enormen Belastung geworden. Bei praktisch allen Firmen sind die Kosten auf ein Vielfaches angestiegen, bei manchen Unternehmen hat sich der Strom- und Gaspreis sogar mehr als verzehnfacht.

Unser Kampf für eine dauerhafte und spürbare Entlastung der oberösterreichischen Betriebe dauert mittlerweile bereits über ein Jahr. Seither sind zahlreiche Entlastungsvorschläge und Modelle zur Problemlösung an die Politik herangetragen worden. Sämtliche Unterstützungsansätze wurden darauf fokussiert, schnelle Auswege aus der Energiekrise zu finden.

Erfreulicherweise können wir festhalten, dass ganz wesentliche Entlastungsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene erreicht werden konnten und entsprechende Beschlüsse gefasst wurden.

Mit dem Energiekostenzuschuss 2 wurde eine wichtige Forderung des Wirtschaftsbundes umgesetzt. Er schafft umfangreiche Entlastung und Planungssicherheit.

Die Ausweitung der Stromkostenbremse auf gewerbliche Haushalte ist nun fix. Kleinere Gewerbetreibende,

Fotocredit: ADOBESTOCK.COM

die ihren Hauptwohnsitz am Betriebssitz haben, können aufgrund einer Novelle des Stromkostenzuschussgesetzes einen Antrag auf Unterstützung durch die sogenannte Stromkostenbremse stellen. Die Anträge können bis 31. Mai 2023 gestellt werden. Die Entlastung auf den Stromrechnungen wird dann mit 1. Juni 2023 wirksam, die Dauer ist mit 19 Monaten beschränkt.

Zudem hat der Ministerrat eine Kompensation der Netzverlustkosten durch Ersatz der Mehrkosten in Höhe von 80 Prozent beschlossen. Das ist ein wichtiger und notwendiger Entlastungsschritt für unsere Betriebe.

Ganz besonders freut es uns, dass das größte Energieversorgungsunternehmen Oberösterreichs, die Energie AG für die Bestandskunden im Gewerbe (bis 100.000 kWh Jahresverbrauch) bis zu 50 Gratisstromtage gewährt. Das entspricht einem Rabatt von 13,7 Prozent. Erreicht werden konnte diese Entlastung von rund 34.000 Betrieben dank der hervorragenden Gesprächsbasis mit der Energie AG. So können auch die kleineren Unternehmen, die bei Beihilfen oft „durch den Rost fallen", schnell und unbürokratisch entlastet werden. Wir dürfen an dieser Stelle natürlich die Einladung auch an alle weiteren Energieversorger in Oberösterreich aussprechen, diesem guten Beispiel zu folgen.

WICHTIGE INTERESSENSPOLITISCHE ERFOLGE:

- **Die Elektrizitätsabgabe wurde um ca. 90 Prozent gesenkt**
- **Die Erdgasabgabe wurde um ca. 90 Prozent gesenkt**
- **Die Tarife der Einkommens-und Körperschaftssteuer wurde herabgesetzt**
- **Das Unternehmens-Energiekostenzuschuss-Gesetz wurde beschlossen und der Energiekostenzuschuss 1 konnte im Zeitraum von Februar bis September 2022 beantragt werden**
- **Verlängerung des Energiekostenzuschusses 1 bis Ende 2022 durchgesetzt**
- **Mit dem Energiekostenzuschuss 2 wurde auch für das Jahr 2023 ein Instrument zur Abfederung der Energiekosten geschaffen und die Budgetmittel dafür deutlich aufgestockt**
- **Das Pauschalfördermodell für Kleinunternehmen im Rahmen des Energiekostenzuschussgesetzes, welche die Zuschussgrenze von 2000 Euro nicht erreichen, wurde beschlossen**

PERSONALMANGEL LÄHMT DIE WIRTSCHAFT - MEHR LEISTUNG MUSS SICH FINANZIELL LOHNEN

Nach wie vor stöhnen viele oberösterreichische Unternehmen unter dem akuten Arbeitskräftemangel und seinen fatalen Auswirkungen. Die von der Bundesregierung angekündigten Reformen kommen daher keine Sekunde zu früh.

Vor allem der geplante Wegfall der Blockvariante bei der Altersteilzeit – gemeint ist die sogenannte durchgängige „Freizeitphase" – ist ein wichtiger Schritt. Niemand versteht, dass wir in Zeiten größter Personalnot ältere Mitarbeiter durch eine Altersteilzeit noch einmal früher in Pension schicken. Wir müssen genau das Gegenteil tun. Es muss darum gehen, Mitarbeiter länger in Beschäftigung zu halten. Es braucht daher unter anderem finanzielle Anreize für das Arbeiten über das Regelpensionsalter hinaus, vor allem eine Entlastung von Lohnabgaben.

Wir begrüßen die von der Bundesregierung angekündigte Wiederaufnahme der Gespräche zur Reform des Arbeitsmarktes. Man schuldet es den Arbeitslosen genauso wie den Unternehmen, jede kleinste Chance zu nutzen, so viele arbeitssuchende Menschen wie möglich in Beschäftigung zu bringen. Damit sich arbeiten wieder mehr lohnt, braucht es neue gesetzliche Rahmenbedingungen: Ein gestaffeltes Arbeitslosengeld, eine Beschränkung der Zuverdienstmöglichkeit sowie eine rasche Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Karte. Künftig sollten auch volljährige Lehrlinge aus Drittstaaten die Möglichkeit einer dualen Ausbildung in Oberösterreichs Unternehmen erhalten. Der Arbeitsmarkt gibt das her, weil in Oberösterreich auf einen potenziellen Lehrling vier freie Lehrstellen kommen.

Neben der Integration neuer zusätzlicher Mitarbeiter sollte man aber die Potenziale der jetzt schon beschäftigen Mitarbeiter nicht aus den Augen verlieren: Viele kön-

Fotocredit: ADOBESTOCK.COM

nen und wollen erfahrungsgemäß mehr arbeiten – so es sich für sie auszahlt. Das österreichische Abgabenrecht in seiner jetzigen Ausgestaltung verhindert jedoch häufig diese freiwillige Mehrarbeit, die den Fach- und Arbeitskräftemangel zumindest etwas lindern würde.

Insbesondere für folgende Gruppen muss freiwillige Mehrarbeit lukrativer werden und sich unterm Strich einfach mehr als bisher auszahlen:

Teilzeitbeschäftigte

Würde jede(r) Teilzeitbeschäftigte in OÖ nur eine einzige Stunde länger arbeiten, würde das laut OÖ AMS 26.000 zusätzliche Vollzeitäquivalente bedeuten. Steuerliche Anreize könnten Mehrleistung attraktiver machen.

Pensionisten

Steuerfreibeträge bzw. der Entfall der PV-Beitragspflicht würden zweifellos dafür sorgen, dass arbeitswilligen Pensionisten netto mehr übrigbleibt.

Bestehendes Personal bzw. ältere Mitarbeiter

47,34 Prozent Abzüge vom Bruttolohn ist nicht nur ein europäischer „Spitzenwert“, sondern hemmt die Leistungsbereitschaft der Menschen massiv und lässt sie in die Schwarzarbeit ausweichen. Deswegen müssen der Faktor Arbeit – insbesondere bei älteren Mitarbeitern – dringend weiter entlastet und vor allem die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Überstundenleister

Flexibles Arbeiten etwa in Form von Überstunden muss sich für die Leistungsträger mehr als bisher rentieren. Spürbare Steuerbegünstigungen würden dazu beitragen, dass von der einzelnen Überstunde mehr am Konto bleibt.

Arbeitslose

Immer wieder fehlt bei Arbeitssuchenden der Anreiz, wieder einen regulären Job anzutreten. Schließlich würde man damit nur unwesentlich mehr verdienen: Arbeitslosengeld, verschiedenste Zuschläge, zahlreiche „Befreiungen“ und vor allem erlaubte Nebenverdienste machen es häufig unattraktiv, freie Jobs anzunehmen.

> “Bei freiwilliger Mehrarbeit muss zukünftig deutlich mehr Netto vom Brutto bleiben.”
>
> **Präsidentin Doris Hummer**
> Wirtschaftsbund-Landesobfrau

UNSERE VORSCHLÄGE ZUR HEBUNG DES ARBEITSKRÄFTEPOTENTIALS

Wir fordern folgende Maßnahmen für Teilzeitbeschäftige, arbeitswillige Pensionisten und für die Leistung von Mehr- und Überstunden:

» **Steuerlicher Absetzbetrag für Betreuungskosten**
Der Wunsch nach einem höheren Arbeitszeitausmaß soll nicht durch hohe Betreuungskosten vereitelt werden.

» **Anpassung Zuverdienstgrenzen zum Kinderbetreuungsgeld**
Höhere Zuverdienstgrenzen zum Kinderbetreuungsgeldbezug ermöglichen einen früheren Wiedereinstieg ins Berufsleben.

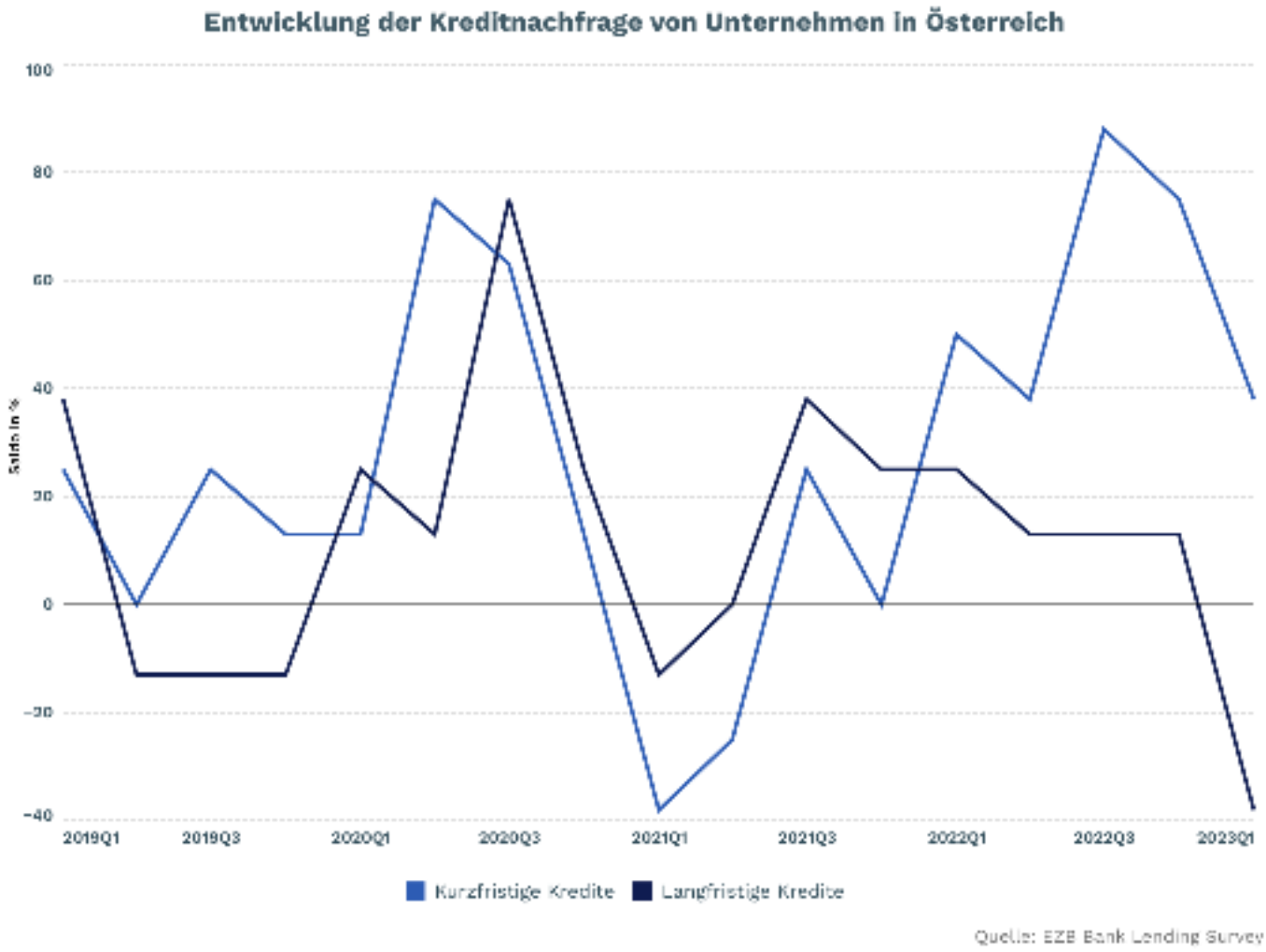
» **Abschaffung der unbefristeten Zuverdienstmöglichkeit neben dem Arbeitslosengeldbezug**
Die Möglichkeit durch Arbeitslosengeldbezug und Nebenbeschäftigung mehr netto zu verdienen, verlängert Arbeitslosigkeit und verringert das Arbeitskräftepotenzial.

» **Keine Pensionsbeiträge mehr in der Pension**
Wer neben dem Pensionsbezug noch arbeitet, soll keine Pensionsversicherungsbeiträge zahlen müssen.

» **Pensionistenfreibetrag für Arbeit neben der Pension**
Länger arbeiten soll sich lohnen. Ein Pensionistenfreibetrag verhindert Nachzahlungen in der Steuererklärung.

» **Steuerliche Entlastung von Überstunden und Erweiterung der Liste „qualifizierter“ Überstunden**
Mehrleistung muss belohnt werden. Mit einer Verdoppelung der steuerbegünstigten Überstunden von 10 auf 20 pro Kalendermonat bleibt mehr Netto vom Brutto für Überstunden.

Fotocredit: Hermann Wakolbinger



NEUE IMPULSE FÜR INVESTITIONEN

Investitionen fördern

Die Nachfrage der Unternehmen nach langfristigen Krediten ist zurückgegangen und signalisiert damit auch eine rückläufige Investitionstätigkeit. Kurzfristige Kredite, die etwa für die Finanzierung von Lageraufstockungen verwendet werden, verzeichneten hingegen weiterhin eine starke Nachfrage. Von der Kreditnachfrage abhängig ist unsere Bauwirtschaft, gleichzeitig mit Abstand größter Arbeitgeber in Oberösterreich. Sie stellt jeden fünften Arbeitsplatz in der gewerblichen Wirtschaft und ist damit eine zentrale Säule für Stabilität und Wohlstand in unserem Bundesland. Hohe Energiekosten haben die Preise für Baustoffe massiv angeheizt und die Zinspolitik der EZB hat die Finanzierungskosten von Bauvorhaben erhöht. Die heimische Bauwirtschaft befindet sich bereits seit längerer Zeit in einer Abschwungphase.

Wir brauchen daher jetzt offensive Maßnahmen, damit die oberösterreichischen Unternehmen investitionsfähig bleiben. In allen Sektoren des Baus, der als Konjunkturlokomotive auf viele andere Branchen über das Gewerbe und Handwerk hinaus ausstrahlt und damit eine Leitfunktion für die regionale Wertschöpfung wie die Beschäftigung innehat, braucht es nun Impulse.

Investitionsfreibetrag nachschärfen

Seit Jahresbeginn ist mit dem Investitionsfreibetrag IFB ein wichtiger Impuls zur Investitionsbelebung wirksam. Der IFB kann erstmalig für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die ab 2023 angeschafft oder hergestellt werden, geltend gemacht werden. Der IFB ist eine zusätzliche Betriebsausgabe und wird grundsätzlich mit 10 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskos-

ten bis zu einer Höchstgrenze von 1 Mio. Euro gewährt. Wenn es sich um Wirtschaftsgüter aus dem Bereich der Ökologisierung handelt, dann erhöht sich der Investitionsfreibetrag auf 15 Prozent. Aus unserer Sicht sollte die Freibetragsgrenze auf 50 Mio. Euro pro Unternehmen aufgestockt und für Digitalisierungsinvestitionen ebenfalls der erhöhte Satz gewährt werden.

Investitionsprämie NEU

Neben dem Investitionsfreibetrag (IFB) sollte auch die Einführung einer Investitionsprämie NEU angedacht werden. Im Unterschied zum IFB bewirkt diese eine raschere Durchführung von Investitionen. Zudem ist sie durch die Förderung von sogar 7 Prozent der Investitionskosten wirksamer und steht anders als der IFB dem Antragsteller sofort zur Verfügung.

Um das Förderverfahren möglichst unbürokratisch zu gestalten, sollte für eine derartige Investitionsprämie NEU nicht mehr die aws sondern das Finanzamt zuständig sein. Dem jeweiligen Betrieb sollte es freistehen, zwischen Investitionsfreibetrag und Investitionsprämie zu wählen.

Fotocredit: ADOBESTOCK.COM

POLITIK IM GESPRÄCH

Die Wirtschaft braucht engagierte und gut ausgebildete Interessensvertreter. Deshalb veranstalten wir jährlich ein Ausbildungsprogramm, um jungen, begeisterten Unternehmern wichtige Grundkenntnisse für ihre politische Tätigkeit zu vermitteln und eine professionelle Basis für ihre künftige Arbeit als Funktionäre im Wirtschaftsbund, in der Wirtschaftskammer oder auf kommunaler Ebene zu bieten.

Von der Vermittlung von Grundfertigkeiten wie Rhetorik und dem richtigen Auftritt in der Öffentlichkeit bis zum Kennenlernen der politischen Netzwerke und Entscheidungsträger in Oberösterreich und auf Bundesebene reicht das Angebot, das im Rahmen von sechs Modulen innerhalb eines Jahres absolviert wird.

Führungskompetenz, ständige Weiterbildung und beste Qualifikation sind wichtige Faktoren für erfolgreiche Unternehmer. Daher bieten wir mit unserem Mentoringprogramm ein attraktives und maßgeschneidertes Bildungsprogramm an. Es freut uns, dass wir in diesem Jahr wieder junge Unternehmer haben, die sich bestens auf die bevorstehenden Aufgaben und Funktionen vorbereiten.

Wir haben die Mentoringprogramm-Teilnehmer gebeten, unseren führenden Politikern ihre Fragen zu stellen. Landeshauptmann Thomas Stelzer, Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner und Delegationsleiterin der ÖVP im Europaparlament Angelika Winzig im Gespräch:

Herr Landeshauptmann, wie wird Oberösterreich gleichzeitig Klima und Arbeitsplätze schützen?

Thomas Stelzer: Unser Ziel ist klar: Auch unter den Vorzeichen von Klimaschutz und Digitalisierung muss Oberösterreich ein Land der Arbeit und der Produktion bleiben! Zentral dafür ist eine verlässliche Versorgung mit Energie. Daher bauen wir in Oberösterreich die Sonnenenergie massiv aus, wir werden bei der Wasserkraft noch bestehende Ausbaupotenziale heben und bei Wind unter anderem bestehende Anlagen modernisieren. Das große Zukunftsfeld wird die umweltfreundliche Erzeugung von Wasserstoff, um Solar- und Windenergie speichern und industrielle Prozesse auf Klimaneutralität umstellen zu können.

Das alles geht aber nicht von heute auf morgen.

Thomas Stelzer: Das stimmt. Daher setze ich mich stark für die weiterlaufende Absicherung der Gasversorgung ein. Das Industrieland Oberösterreich ist Österreichs größter Gasnutzer. Wer die Gasversorgung heute in Frage stellt, stellt schon morgen zigtausende Arbeitsplätze in Frage. Unser Ziel ist die Klimaneutralität 2040. Bis dahin werden wir in Betrieben und Haushalten Gas brauchen und verbrauchen. Ich warne daher davor, diese Frage auszublenden und die Zufuhr von Gas nach Oberösterreich abrupt auf´s Spiel zu setzen.

> “Arbeit und Leistung sind die Basis für sozialen Zusammenhalt und für ein Land der Möglichkeiten.”
>
> **Mag. Thomas Stelzer**
> Landeshauptmann Oberösterreich

Neben Klimaschutz und Digitalisierung ist die Arbeitskräfteknappheit die 3. große Herausforderung.

Thomas Stelzer: Unsere dynamischen und erfolgreichen Betriebe nehmen ständig mehr Arbeitskräfte auf, gleichzeitig wird die Gesellschaft aber älter und weniger junge Menschen kommen auf den Arbeitsmarkt. Dieser Herausforderung tragen wir mit unserer Standort-Strategie Rechnung: Mehr Aus- und Weiterbildung, noch

Fotocredit: Land OÖ

schnellere Wiedereingliederung von derzeit Beschäftigungslosen, Anreize für Teilzeitbeschäftigte und Ältere länger in Erwerbsarbeit zu bleiben. Und Zuzug in den Arbeitsmarkt statt Zuzug in das Sozialsystem. So wollen wir der guten und weiter ansteigenden Beschäftigungslage in Oberösterreich gerecht werden.

Arbeit wird auch das große Thema der OÖVP im Jahr 2023. Da kommt ein neues Grundsatzpapier.

Thomas Stelzer: Wir werden im Frühsommer unsere neue Agenda ´Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft´ vorstellen. Im Mittelpunkt stehen unsere Vorstellungen für die Zukunft von Erwerbsarbeit und Unternehmertum, aber auch für die Zukunft von Leistung in Familien oder Ehrenamt. Klar ist angesichts der aktuellen und absehbaren Herausforderungen: Wir werden in den kommenden Jahren in Oberösterreich gemeinsam die Ärmel aufkrempeln. Wir werden Leistung brauchen und Leistung auch einfordern. Dies ist keine Belästigung, sondern die Einladung zum gemeinsamen Anpacken für Oberösterreich.

Fotocredit: Land OÖ / Antonio Bayer

> Von der Energiewende profitieren alle – die Menschen, die Umwelt und auch die Unternehmen.
>
> **Markus Achleitner**
> Wirtschafts- und Energie-Landesrat

Herr Wirtschaftslandesrat, warum ist die Energiewende gerade für heimische Unternehmen so wichtig?

Markus Achleitner: Von der Energiewende profitieren alle, das müssen wir noch stärker in den Köpfen verankern – die Menschen, die Umwelt und auch die Unternehmen. Die Unternehmen stärken mit erneuerbaren Energien ihre Wettbewerbsfähigkeit, gleichzeitig zählen unsere Unternehmen zum Teil sogar zu den Weltmarktführern bei Ökotechnoliegen. Ökonomie und Ökologie sind für Oberösterreich Turbozwillinge.

Was tut das Land Oberösterreich konkret, um diesen Weg zu unterstützen?

Markus Achleitner: Alleine 2021 hat das Energie-Ressort 1.845 Förderungen in einer Gesamthöhe von 8,3 Mio. Euro ausbezahlt, die uns unserem Ziel der Klimaneutralität näher bringen. 29.000 Tonnen CO2 werden dadurch vermieden. Auch beim Abholen von Bundesförderungen ist Oberösterreich führend.

Was braucht es aus Ihrer Sicht am dringendsten, um die Energiewende weiter zu beschleunigen?

Markus Achleitner: Wir drehen an allen möglichen Schrauben, um das Tempo zu erhöhen: Mit der Lockerung der Kriterien beim PV-Freiflächenausbau wollen wir noch mehr Potentiale heben. Der Bund muss endlich sein System bei der PV-Förderung umstellen. Natürlich stehen wir auch voll hinter den Unternehmen, wir werden auch die Forschung brauchen, denn vor allem Innovationen treiben die Energiewende voran.

Wenn Sie heute etwas mit einem Fingerschnippen für die Unternehmerinnen und Unternehmer im Land ändern könnten, was wäre das?

Markus Achleitner: Das Bewusstsein in unserem Land noch viel stärker verankern, wie wichtig unsere Unternehmen und das Unternehmertum für die gesamte Gesellschaft sind: für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für das Vorantreiben von Innovationen, für den wirtschaftlichen Erfolg. Die Unternehmen sind die Grundlage unseres Wohlstandes.

Frau Abgeordnete, die Europäische Union legt den Fokus 2023 auf Skills. Was kann man sich darunter vorstellen und warum ist dieses Thema gerade jetzt so wichtig?

Angelika Winzig: Mit dem „European Year of Skills" legen wir den Fokus auf das Problem des Fachkräftemangels innerhalb der Union. Nicht nur Österreich ist davon stark betroffen, sondern auch die anderen EU-Mitgliedstaaten. Bereits 2021 gab es in 28 Branchen europaweit – vom Baugewerbe über das Gesundheitswesen bis hin zum Ingenieurwesen und zur IT – einen Mangel an qualifizierten Personal. Ich setze mich auf europäischer Ebene dafür ein, dass unser erfolgreiches System der dualen Ausbildung auch in den anderen Mitgliedstaaten mehr Aufmerksamkeit bekommt. Dazu plane ich diverse Informationsveranstaltungen, um hier größere Bekanntheit zu schaffen und die Vorteile aufzuzeigen.

Neben dem Fachkräftemangel, welche großen Herausforderungen sehen Sie für die Europäische Union?

Angelika Winzig: Ein wichtiger Punkt ist natürlich die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vor allem im Hinblick des Inflation Reduction Acts der USA. Die Kommission hat hier Vorschläge unterbreitet, diese enthalten einige positive Punkte. Allerdings wird auch ein Europäischer Souveränitätsfonds angekündigt, dessen Finanzierung noch auf wackeligen Beinen steht und eine Gefahr der Schuldenunion durch die Hintertüre birgt. Zeitgleich sehe ich auch die Ausweitung der Beihilferechtsregeln kritisch, diese müssen zielgerichtet und temporär sein und dürfen nicht zu einem Nachteil für die kleinen Mitgliedstaaten führen. Und neue Gesetze dürfen keine zusätzlichen Regulierungen bringen, die bestehende Business Cases unmöglich machen.

Migration ist definitiv auch ein großes Thema. Leider wurden hier in den vergangenen Jahren wenig Fortschritte erzielt. Nach Österreich kamen letztes Jahr 100.000 Flüchtlinge, 75.000 davon hätten zuvor in einem anderen Schengen-Land registriert werden müssen. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass auch auf Drängen von Österreich der Rat in seinen Schlussfolgerungen einen klaren Fahrplan für operative Maßnahmen zur Stärkung der EU-Außengrenzen und zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms darlegt.

Sie sind auch Vorsitzende der überparteilichen Arbeitsgruppe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Europaparlament. Welche Themen beschäftigen euch da gerade besonders?

Angelika Winzig: Die überparteiliche Arbeitsgruppe für KMU im Europaparlament hat über 80 Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen. Es beschäftigt uns natürlich das Lieferkettengesetz, das ich für meine Fraktion der Europäischen Volkspartei gerade im Handelsausschuss verhandle. Zwar sind KMU offiziell aus dem Vorschlag ausgenommen, leider sind sie aber als Zulieferer von großen Unternehmen in der Lieferkette doch davon betroffen. Die Verhandlungen dazu gestalten sich aber aufgrund der linken Mehrheiten sehr schwierig.

Angelika Winzig
ÖVP-Delegationsleiterin im Europaparlament

Fotocredit: EVP Lahousse

ENTLASTUNGEN FÜR UNTERNEHMEN AB 2023

ABSCHAFFUNG DER KALTEN PROGRESSION

Steuergrenzen werden künftig jedes Jahr um zwei Drittel der jeweiligen Inflation angehoben. Die konkrete Verwendung des verbleibenden Drittels soll durch einen jährlichen Beschluss entschieden werden. So werden mit 1.1.2023 die beiden untersten Steuerstufen über der errechneten Inflation angepasst.

SENKUNG DER KÖRPERSCHAFTSSTEUER

Ab 2023 wird die Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 24 Prozent gesenkt. Eine weitere Senkung auf 23 Prozent erfolgt 2024.

SENKUNG DER EINKOMMENSSTEUER

Die Regierung senkt die Lohn- und Einkommenssteuer in der dritten Stufe ab Juli 2023 von 42 auf 41 Prozent und ab 2024 auf 40 Prozent.

SENKUNG DER LOHNNEBENKOSTEN

Ab 2023 reduziert sich der Dienstgeberbeitrag zur Unfallversicherung von 1,2 Prozent auf 1,1 Prozent. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) von 3,9 Prozent auf 3,7 Prozent gesenkt werden.

EINFÜHRUNG EINES INVESTITIONSFREIBETRAGS

Bei Wirtschaftsgütern können 10 Prozent der Anschaffungskosten als Betriebsausgaben geltend gemacht werden. Für ökologische Wirtschaftsgüter (noch im Detail festzulegen) gilt ein Freibetrag von 15 Prozent.

„GERINGWERTIGE WIRTSCHAFTSGÜTER“ SOFORTABSCHREIBUNG

Wirtschaftsgüter im Wert von bis zu 1.000 Euro sind als „geringwertige Wirtschaftsgüter“ sofort in voller Höhe absetzbar. Bisher lag die Grenze bei 800 Euro.

ERWEITERUNG DER MANGELBERUFSLISTE

Die Fachkräfteverordnung sieht für Berufe mit Bewerbungsmangel einen erleichterten Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte vor. Die Verordnung für 2023 enthält 98 bundesweit geltende Mangelberufe (bisher 68) und darüber hinaus regionale Mangelberufe für alle neun Bundesländer (bisher 8).

SAISONNIERS

Die Kontingentverordnung für 2023 sieht 3.389 Kontingentplätze im Bereich Tourismus, 3.060 im Bereich Land- und Forstwirtschaft und 119 für Erntehelfer vor. Zu Saisonspitzen sind zeitlich begrenzte Überschreitungen (bis 50 Prozent im Tourismus, 30 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft) zulässig.

GEWINNERMITTLUNG FÜR KLEINUNTERNEHMEN

Die Pauschalierung bei der steuerlichen Gewinnermittlung ist für Kleinunternehmer ab 2023 bis zu einem Jahresumsatz von 40.000 Euro netto möglich (bisher 35.000 Euro). Bei der Pauschalierung werden die Betriebsausgaben pauschal mit 45 Prozent der Betriebseinnahmen (20 Prozent bei Dienstleistungsbetrieben) festgesetzt. Zusätzlich zur Pauschale können noch bestimmte andere Betriebsausgaben angesetzt werden (z.B. Sozialversicherungsbeiträge).

NEUERUNGEN BEI DER KURZARBEIT

Die Kurzarbeitsbeihilfe wird weitgehend unverändert bis Ende Juni 2023 verlängert. Neu ist, dass der verpflichtende Urlaubsverbrauch während Kurzarbeit sowie die Bestätigung der wirtschaftlichen Begründung durch einen Steuerberater, eine Wirtschaftsprüferin oder eine Bilanzbuchhalterin entfallen und Lehrlinge keine Beihilfe mehr erhalten.

JULIUS-AWARD – DER QUALITÄTSPREIS DES WIRTSCHAFTSBUNDES OÖ

Eine besondere Ehre wurde zahlreichen Unternehmen in Oberösterreich zuteil. Sie wurden mit dem JULIUS-Award für besondere Verdienste um die oberösterreichische Wirtschaft ausgezeichnet.

Mit dem JULIUS-Award wollen wir oberösterreichische Qualitätsbetriebe auszeichnen und vor den Vorhang holen. Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer legen mit ihrem Einsatz die Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land. Unserer heimischen Wirtschaft und deren Mitarbeitern gebührt unsere Wertschätzung. Was sie für unsere Region leisten, verdient Auszeichnungen!

v.l.n.r.: Johannes Kapl, Reinhard und Helga Honeder, Sabine Lindorfer, Wolfgang Griesmann

v.l.n.r: Markus Raml, Philipp Redl, Gregor Lugmayr

v.l.n.r: Manfred Nenning, Wolfgang Wimmer, Kurt Reisinger, Barbara Payreder, Franz Friedl

v.l.n.r.: Christoph Knierzinger, Tobias Luger, Daniel Strauch und Herbert Hofer

v.l.n.r.: Stefan Mayer, Philipp und Lukas Roither, Andrea Hammerle

v.l.n.r. Maria Rotschopf, Alexander Huber, Christina Gnadlinger, Peter Echt, Alexander Bäck

v.l.n.r.: Jörg Lorinser, Walter Holzleithner, Christoph Reder, Harald und Günther Reder, Jürgen Kapeller, Alfred Domokosch

v.l.n.r.: Friedrich Königstorfer, Michael Fischer, Sabine Lindorfer, Wolfgang Griesmann.

v.l.n.r: Martina Schneider, Harald Plöckinger

vlnr. Manfred Zauner, Kerstin Weixelbaumer, Ing. Walter Arnreiter, Ing. Martin Zauner, Sandra Kaltseis, Dominik Richtsteiger

v.l.n.r: Andreas Höllinger, Maximilian Priglinger, Erwin Roither, Harald Haselmayr

v.l.n.r. Judith Ringer, Markus Terschl, Werner Terschl, Thomas Mitterhauser

Weitere Informationen und Fotos finden Sie unter
www.ooe-wb.at/julius-award.

LEADERSHIP AKADEMIE 2023

Sich gemeinsam mit Gleichgesinnten weiterbilden und vernetzen – einer von vielen Vorteilen in unserem Wirtschaftsbund Oberösterreich!

Die Leadership-Akademie bietet einen bunten Mix an Veranstaltungen an. Den Schwerpunkt legen wir aktuell auf die vierstündigen COMPACT-Angebote unter dem Motto „mehr Wissen in kurzer Zeit".

Leadership-Projektleiterin Christina Schwarz gibt gerne Auskunft über das gesamte Angebot: telefonisch unter 0732/771855-216 oder per E-Mail unter leadership@ooe.at

WB-Leadership COMPACT Workshops jeweils von 13:00 bis 17:00 Uhr, alle Termine finden im Mozarthaus der Wirtschaft, Altstadt 17, 4020 Linz statt:

Konflikte sind Entwicklungsangebote!	EXPERTE: **TERMIN:**	Ing. Thomas Turner, MSc. **Dienstag, 18. April 2023**
Vielfalt im Team – Kooperation statt Konkurrenz	EXPERTE: **TERMIN:**	Dr. Roman Hofer **Dienstag, 9. Mai 2023**
Stilsicher im Geschäftsleben	EXPERTIN: **TERMIN:**	Mag.ª Doris Schulz **Mittwoch, 24. Mai 2023**
Die Trickkiste der effizienten Moderation (14:00 bis 18:00 Uhr)	EXPERTIN: **TERMIN:**	Mag.ª Beatrix Kastrun **Dienstag, 10. Oktober 2023**

Fotocredit: ADOBESTOCK.COM

LEGENDÄRE KRAPFEN PARTY

200 Unternehmer folgten der Einladung des Wirtschaftsbundes Linz.

Der Wirtschaftsbund Linz lud zur legendären Krapfen Party bei der Konditorei Jindrak. 200 Linzer Unternehmerinnen und Unternehmer folgten der Einladung und konnten zusehen, wie die Konditorkrapfen handwerklich gemacht wurden. Beim Marmeladekrapfen stammen alle Rohstoffe zu 100 Prozent aus Österreich. Das Geheimrezept wurde nicht verraten.

Gastgeber Bezirksobmann Markus Raml und Konditormeister Leo Jindrak begrüßten die Gäste, darunter waren Spartenobmann Ernst Wiesinger, Fachgruppenobfrau Petra Riffert, Landesinnungsmeister Philipp Orso, Landesinnungsmeister Christian Oucherif, Landesinnungsmeister Martin Dobretsberger, Landesgremialobmann Karl Breuer, Landesgremialobmann Thomas Naderer, Stadträtin Doris Lang-Mayerhofer, Gemeinderat Michael Rosenmayr, WB-Direktor-Stv. Thomas Mitterhauser, WB-Bezirksgeschäftsführer Gregor Lugmayr, VKB-Vorstandsdirektor Alexander Seiler, RLB-Vorstandsdirektor Stefan Sandberger. Die preisgekrönten Krapfen von Leo Jindrak kamen bei den anwesenden Unternehmern sehr gut an. Jeder durfte sich auch gleich noch einen Krapfen auf dem Weg nach Hause mitnehmen.

v.l.n.r. Bezirksgeschäftsführer Gregor Lugmayr, Bezirksobmann Markus Raml, Stadträtin Doris Lang-Mayerhofer, Konditormeister Leo Jindrak jun., Konditormeister Vize-Präs. Leo Jindrak

BUSINESS SKI DAY

Wir haben Funktionäre und Mitglieder zum Skitag auf die Höss in Hinterstoder eingeladen. Wirtschaftsbund-Bezirksobmann, Bürgermeister Klaus Aitzetmüller aus Hinterstoder konnte unter anderem Landesgeschäftsführer Wolfgang Greil sowie Landesobfraustellvertreterin Margit Angerlehner begrüßen. Nach den ersten Schwüngen gab es ein kräftiges Frühstück in der Bärenhütte. Das Wirtschaftsbund-Unternehmer-Skiteam bewies an diesem sportlichen Tag seine Ausdauer auf den Skiern und ließ den Tag in der Lögerhütt'n ausklingen.

> “Der Skitag in Hinterstoder hat eine lange Tradition. Es freut mich, dass auch heuer wieder so viele mit dabei waren. Gleichzeitig ist es auch ein kleines Dankeschön für die geleistete Arbeit.”
>
> **Dir. Wolfgang Greil**
> Wirtschaftsbund-Landesgeschäftsführer

v.l.n.r. Rainer Rohregger (HiWu-Bergbahnen), Bgm. Klaus Aitzetmüller (Hinterstoder), GF Moritz Walcherbeger (Tips), Bezirksrätin Birgit Höfler, GF Christian Stögmüller (Life Radio), GF Wolfgang Greil (Wirtschaftsbund OÖ)

Fotocredit: Life Radio/Lukas Riegel

JULIUS RAAB EHRENMEDAILLEN FÜR VERDIENSTE UM DIE OÖ. WIRTSCHAFT

Die Julius Raab Ehrenmedaille ist die höchste Auszeichnung des Österreichischen Wirtschaftsbundes und wird für besonderes Engagement in Wirtschaft und Gesellschaft verliehen. Sie wurde anlässlich des 60. Geburtstags des Wirtschaftsbund-Gründers und Bundeskanzlers Julius Raab im Jahr 1951 ins Leben gerufen.

Im festlichen Rahmen des Spiegelsaals in den Redoutensälen wurde die Julius Raab Ehrenmedaille an drei verdiente Funktionäre aus der Wirtschaftsbund OÖ-Familie verliehen: Vizepräsidentin a.D. KommR Mag. Ulrike Rabmer-Koller, Landtagsabgeordnete a.D. KommR Gabriele Lackner-Strauß und Landtagsabgeordneter a.D. KommR Alfred Frauscher.

Ulrike Rabmer-Koller kommt aus Altenberg und ist Eigentümerin und Geschäftsführerin der Rabmer Gruppe - einem international aktiven Unternehmen aus den Bereichen Bau und Umwelttechnik. Ihr Werdegang in der Interessenvertretung begann 1997 als Gemeinderätin in Altenberg/Linz. 2003 wurde sie Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Diese Funktion

v.l.n.r.: Markus Achleitner, Ulrike Rabmer-Koller, Alfred Frauscher, Gabriele Lackner-Strauß, Doris Hummer, Wolfgang Greil

hatte sie 12 Jahre inne und war von 2010-2016 auch Landesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft OÖ. Von 2015 bis Juni 2020 war Ulrike Rabmer-Koller Vizepräsidentin der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer. Sie engagierte sich auch auf europäischer Ebene. Ab 2016 war sie 4 Jahre Präsidentin von SMEunited und vertrat 24 Millionen KMU in Europa. Ulrike Rabmer-Koller hat auch verschiedene Vorstands- und Aufsichtsratsmandate inne und war unter anderem auch Vorsitzende des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Gabriele Lackner-Strauß kommt aus Freistadt und hat dort ein Fotostudio. Sie ist gelernte Fotografenmeisterin und hat mit ihrer Berufung auch schon diverse nationale und internationale Preise, unter anderem zweimal den „Kodak European Gold Award“ und den „Colour Art Photo-Master“ gewonnen. 1999 wurde sie zur Bezirksobfrau des Wirtschaftsbundes Freistadt gewählt und übernahm dann auch im Jahr darauf als Obfrau die Agenden der Wirtschaftskammer Freistadt. 2003 wurde sie dann Abgeordnete zum OÖ Landtag und blieb dies auch für 16 Jahre. Sie war auch Bezirksparteiobfrau der ÖVP in Freistadt und ist bis heute Gemeinderätin. Strauß-Lackner ist auf europäischer Ebene Obfrau des Vereins „Euregio“ – das Netzwerk für regionale Entwicklungs- und Netzwerkarbeit im Mühlviertel und der Dreiländerregion, mit den Partnerorganisationen in Südböhmen und Niederbayern.

> “Es ist uns als Wirtschaftsbund eine Ehre, drei verdiente UnternehmerInnen und Funktionäre mit der Julius Raab Ehrenmedaille auszuzeichnen. Sie sind nicht nur als Unternehmerin und Unternehmer erfolgreich, sondern haben sich auch mit ganzer Kraft in unterschiedlichen Funktionen für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich eingesetzt. Dafür sind wir dankbar.”
>
> **Präsidentin Doris Hummer**
> Wirtschaftsbund-Landesobfrau

Alfred Frauscher kommt aus Ried im Innkreis und war bis 2018 Eigentümer und Geschäftsführer der Frauscher GmbH. Sein politisches Engagement startete 1991 als Gemeinderat der Stadt Ried. Im Jahr darauf wurde er bereits zum Obmann des Wirtschaftsbundes der Stadt Ried gewählt. Diese Funktion übte er acht Jahre aus, ehe er dann 2000 zum Bezirksobmann gewählt wurde. Ebenfalls 2000 wurde Frauscher Obmann der Wirtschaftskammer Ried im Innkreis. Beide Funktionen übte er 16 Jahre aus. 2003 gelang dann der Sprung in den OÖ. Landtag. Als Landtagsabgeordneter war Frauscher 18 Jahre lang erster Ansprechpartner für seinen Bezirk. Darüber hinaus war er auch Klubobmann-Stv. Seit 2017 ist er Präsident der Messe Ried und seit 2018 auch wieder Student, und zwar der Historischen Wissenschaften. 2022 konnte er das Bachelorstudium abschließen und widmet sich nun seither dem Masterstudium.

JULIUS-AWARD
PREIS FÜR OÖ. QUALITÄTSBETRIEBE

Mit dem JULIUS-AWARD werden oberösterreichische Qualitätsbetriebe ausgezeichnet und vor den Vorhang geholt.

Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer legen mit ihrem Einsatz die Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land. Sie investieren in die Zukunft, schaffen Arbeitsplätze, bilden Fachkräfte aus, leisten Steuern und Abgaben und stärken dadurch den Standort Oberösterreich.

Der Wirtschaftsbund drückt mit der Verleihung des JULIUS-AWARDS seine Wertschätzung gegenüber allen Betrieben aus. Zudem soll die Auszeichnung dazu beitragen, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren.

Nominieren Sie jetzt Unternehmen in Ihrer Region!

Sie können Unternehmen für den Award vorschlagen oder Ihre Nominierung selbst einreichen. Über die Verleihung entscheidet eine Jury anhand der ausgefüllten Kriterienliste. Gleich anmelden unter **www.ooe-wb.at/julius-award**.

Für weitere Informationen steht das Team im Wirtschaftsbund Oberösterreich unter **office@ooe-wb.at** jederzeit gerne zur Verfügung.

Präsidentin
Mag.ª Doris Hummer
Wirtschaftsbund-Landesobfrau

ooe-wb.at/julius-award

„Wirtschaft im Blick“ 1/2023
Österreichische Post AG
4020 Linz
SP 02Z034496 S

Medieninhaber
Österreichischer Wirtschaftsbund (ÖWB),
Landesgruppe Oberösterreich
4010 Linz, Altstadt 17
Layout Daniel Hauer
Redaktion Mag. Astrid Reisinger

Hersteller
X-FILES Druck-, Consulting- und Produktionsagentur GmbH
4040 Linz/Lichtenberg

www.ooe-wb.at
Wir möchten darauf hinweisen, dass aus Gründen der leichteren Lesbarkeit auf diesen Seiten teilweise die männliche Sprachform verwendet wird. Sämtliche Ausführungen gelten natürlich in gleicher Weise für die Weiblichen.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz

Alleiniger Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: OÖ. Wirtschaftsbund, 4010 Linz, Altstadt 17 – vertreten durch Landesobfrau Mag.ª Doris Hummer und Landesgeschäftsführer Wolfgang Greil MBA.
Grundlegende Richtung und Blattlinie: „Wirtschaft im Blick“ ist das regionale Magazin des OÖ. Wirtschaftsbundes für Unternehmer, Entscheidungsträger und Politiker – mit Hintergrundberichten und Reportagen zur heimischen Wirtschaftspolitik, Porträts erfolgreicher Unternehmer, Vorstellung der WB-Ortsgruppen sowie Serviceseiten für den unternehmerischen Alltag. Verwendung von AdobeStock Bildmaterial. „Wirtschaft im Blick“ erscheint bis zu viermal jährlich mit einer Auflage von bis zu 80.000 Stück.